

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung bis auf weiteres nur Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei



Insertionspreis: III. für die 6 gepaltene Kopypapier oder deren Raum, Restamen, die 2 halbe Kopypapier III. Die Wiederholung und Joberauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 28.

Donnerstag / Freitag 8. / 9. März 1923.

## Amtlicher Teil.

### Rehrlöhne des Schornsteinfegers.

Der Ausschuss des Gemeindeverbandes des 7. Rehbezirks hat beschlossen, die seit 31. März 1921 bestehenden Rehrlöhne auf das 200fache mit Wirkung vom 1. Fe-

bruar 1923 ab zu erhöhen. Der bisherige Steuerzuschlag von 4000% kommt hierdurch in Wegfall.

Wilsdruff, am 6. März 1923.

Der Vorsitzende  
des Rehverbandes Wilsdruff.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Reichskanzler Dr. Cuno hielt am Dienstagabend im Reichstage eine große Protestrede gegen die Gewalttaten der Franzosen und Belgier im Eifelgebiet.
- Der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer, ist infolge eines schweren Magenleidens in München gestorben.
- Ein von französischen Vätern verbreiteter Plan für eine Regelung der Reparationsfrage sieht bedeutende Verschärfungen des Versailler Vertrages vor.
- Die Franzosen haben im Ruhrgebiet ihren Vormarsch wieder aufgenommen und planen eine Einkreisung der Städte Elberfeld und Barmen.
- Von Pariser Ministerrat hat der Kriegsminister Maginot von Cuno Absicht Kenntnis gegeben, die Jahresklasse 1921 bis zum 31. Mai unter den Waffen zu halten.

## Sie schweigen!

Weder gibt es in Deutschland bisher noch keinen politischen Romödiendichter. England hat einen solchen, Bernard Shaw, — und was er geschrieben und gepöbel hat über das Thema: England und das Recht der Völker, aber auch „England und das Völkerrecht“, ist bei uns — bisher — nicht versucht worden. Stoff genug wäre vorhanden. Da ist beispielsweise der Versailler Vertrag, den nicht nur England, Italien und noch ein paar Duzend Staaten und Staaten unterzeichnet haben, sondern der auch „Völkerrecht“ ist. Und immer wieder von England uns gegenüber als sakrosankt, unverletzlich und unaufhebbar bezeichnet wird. Unaufhebbar, auch wenn andere Unterzeichner tagtäglich ihn formell brechen, tagtäglich durch kriegerische Maßregeln den „Friedens“-vertrag verletzen.

Genau festgelegt sind die Grenzen des Gebietes, die der Rheinlandkommission „unterstehen“. Genau festgelegt sind auch die Rechte dieser Kommission. Doch sie kümmert sich nicht darum, dehnt die „Befugnisse“ der Ruhrkommission einfach auf das altsächsische Gebiet aus, unterstellt sich neubesseres Gebiet, den am 25. Februar von den Franzosen und Belgiern okkupierten rechtsrheinischen Streifen zwischen Mainz und Köln. Den brauchen die Franzosen; jetzt haben sie den Rhein ganz in ihrer Gewalt von Straßburg bis zur holländischen Grenze. Nun befehlt sich die englische Regierung eine Anfrage im Parlament. Burton, ein Mann, der noch vor zehn Jahren mit seinem Bestimmungsgenossen zusammen die englische Vorkriegspolitik — gegen Österreich — gemacht, aber jetzt viele deutsche Freunde gewonnen hat, wird veranlaßt, an den englischen Ministerpräsidenten die Frage zu richten, ob die Rheinlandkommission im neubesetzten Gebiet Gerichtsbarkeit ausüben und welche Bestimmungen des Versailler Vertrages ihr eigentlich dazu das Recht gebe? Ein Unterstaatssekretär antwortet: England habe keinen Anteil an jener Verordnung der Kommission, wonach ihr jener Streifen unterstellt wird. Denn die englische Regierung sei der Ansicht, daß die Kommission dazu gar kein Recht habe. Man habe die Aufmerksamkeit der französischen Regierung darauf gelenkt. Was Monsieur Tirard, dem Vorsitzenden der Kommission, vermutlich ebenso gleichgültig sein wird wie Herr Poincaré, denn es ist ja nicht einmal englischerseits formell Protest dagegen erhoben worden, sondern Lord Kilmanoch, der englische Vertreter, enthält sich immer nur der Stimme. Er schweigt, darin hat er Abnung. Und den Franzosen ist's egal.

Ein neuer Bruch des sakrosankten Vertrages, aus dem ja jetzt alle „Schäden“ für Frankreich getilgt werden sollen: Im Saargebiet soll jetzt der Franken als alleiniges Zahlungsmittel eingeführt werden. Die Saarkommission hat einen entsprechenden Entwurf ausgearbeitet, der bisher völlig unbekannt war und jetzt in den — französischen Blättern veröffentlicht wird. Der Versailler Vertrag behandelt das Saargebiet als deutsches Land, das nur der Verwaltung durch den Völkerbund unterstellt ist. In einer besonderen Note vom 16. Mai 1919 hatte die Entente ausdrücklich erklärt, daß dieses Regime nur 15 Jahre dauern soll. „Diese Regelung hat den Vorteil, daß hierdurch keine Annexion vollzogen wird“. Und unter der Note steht der Name Clemenceau's. Er hatte im Februar 1919 zu „beweisen“ versucht, daß „das Saargebiet während vieler Jahrhunderte zu Frankreich gehört und ihm nur durch Gewalt entzogen worden sei“; er hatte damals die Grenze von 1814 verlangt. Sofort hatte Wilson, hatte vor allem — England — widersprochen. Lassen Sie uns kein neues Elsaß-Rothringen schaffen. Lassen Sie uns den von Deutschland im Jahre 1871 namens eines angeblichen geschichtlichen Rechtes bean-

nen Fochter nicht erneuern“, hatte damals Lloyd George erklärt. Ob Lord Derby, der Delegierte Englands beim Völkerbund, jetzt auch protestieren wird gegen jene neue Maßnahme, die dem Saargebiet wieder ein Stück deutscher Souveränität nimmt und die Annexion vorbereiten soll. Doch nein, nicht Annexion, sondern „den Wünschen der Bevölkerung entsprechende Wiederangliederung an Frankreich“. Oder ob sich Lord Derby wieder der Stimme enthalten, ob er schweigen wird, schweigen wie damals, als der Völkerbund uns den reichsten Teil Oberschlesiens abriß. Schweigen, wie vor kurzem, als der Völkerbund nichts einwendete gegen die Besetzung des Freistaates Memel durch Litauen. Schweigen wie immer, wenn unter Bruch des Versailler Vertrages Deutschland schärfstes Unrecht zugefügt wurde.

Wir hoffen, daß der Kanzler oder die Regierung recht bald an den Völkerbund, vor allem aber an die anderen Unterzeichner dieses Vertrages ganz offiziell die Frage richten wird: Wollt ihr noch länger nicht einmal dagegen protestieren, daß hier Rechtsbruch auf Rechtsbruch erfolgt? Wollt ihr immer nur schweigen? Wie lange soll die Komödie noch dauern? „Zwischen uns sei Wahrheit!“ Aber dann wissen wir, woran wir sind, und die Komödie hat ein Ende. Dann wissen wir, daß „Gewalt führt auf der Straße“. Und nicht nur wir wissen es, spüren wir es doch täglich; sondern die Welt soll es erfahren, daß von den eigenen Schöpfern das unheilvolle Werk von Versailles, das den Frieden bringen sollte, aber die Fortsetzung des Krieges, nicht einmal mit anderen Mitteln, gebracht hat, schließend mit brutaler Gewalt zerfallen worden ist wie ein tönernes Götzenbild. Also redet!

## Parteien und Reichskanzlerrede.

Vor Beginn der Kanzlerrede in dem am Dienstag, 6. ds., zu außerordentlicher Sitzung zusammenberufenen Reichstag wurde uns aus Berlin von parlamentarischer Seite geschrieben:

Schon vor der großen Protestrede des Reichskanzlers fanden in Reichstage eingehende Verhandlungen zwischen der Regierung und den Parteien über Inhalt und Form dieser bedeutsamen Kundgebung statt. Der Reichskanzler hatte den Parteiführern erklärt, daß er angesichts der uns Ungeheuerliche gefestigten französischen Gewalttaten sich diesmal nicht auf eine neue Note beschränken könne, sondern von der Reichstagstribüne aus dem Protest der Nation Ausdruck geben wolle. Es handelt sich für ihn vor allem darum, den bisherigen Verlauf der Dinge nochmals laut vor aller Welt festzustellen und zu betonen, daß nicht wir, sondern die Franzosen es gewesen sind, die alle Verhandlungen über die Reparationsfrage abgelehnt und nicht einmal den schriftlichen Vorschlag, mit dem Staatssekretär Dr. Bergmann seinerzeit nach Paris gehen sollte, zur Kenntnis nehmen wollten. Es lag dem Kanzler ferner daran, nachzuweisen, wie groß der wirtschaftliche und politische Mißerfolg des französischen Rechtsbruches bisher gewesen ist, und öffentlich zu betonen, daß sich am Standpunkte der deutschen Regierung nichts geändert hat, d. h. daß sie nicht die Anregung zu Verhandlungen geben kann, daß sie aber als gleichberechtigte Teilnehmer jederzeit zu einer internationalen Konferenz bereit ist, wenn eine solche von der Gegenseite eingeleitet werden sollte.

Die Parteiführer haben diese Gedankengänge der Kanzlerrede einmütig gebilligt. Die Deutschnationalen werden ebensowenig wie die Sozialdemokraten in der Debatte Widerspruch erheben, der höchstens von den kleinen radikalen Flügelgruppen laut werden dürfte. Alle Parteien beabsichtigen am Mittwoch in ausführlichen Reden zu den Erklärungen des Kanzlers Stellung zu nehmen, dagegen ist diesmal nicht geplant, ein Vertrauensvotum einzubringen oder eine Resolution zu fassen. Man ist im Reichstage allgemein der Auffassung, daß schon aus den Darlegungen der Fraktionsredner vor dem In- und Auslande mit ausreichender Deutlichkeit hervorgehen wird, wie einzig und fest alle Parteien in dem entschlossenen Willen hinter der Regierung stehen, den Abwehrkampf mit allen Kräften fortzusetzen.

## Chronik der Gewalttaten.

Die französische Besatzungsbehörde hat von der Stadt Bochum die Zahlung von 35 Millionen Mark verlangt. Da die Stadtverwaltung die Zahlung ablehnen muß, werden weitere Beschlagnahmungen der öffentlichen Kassen- und Bankbestände befürchtet.

Die städtische Feuerwehr Essen mußte an einem Tage in nicht weniger als vier Fällen von schweren Plünderungen eingreifen, da die Stadt Essen ohne genügenden Polizeischutz ist.

Von dem französischen Militärgericht ist der deutsche Arzt Dr. Lips zu 1 Million Mark Geldstrafe verurteilt worden. Dr. Lips hat eine französische Militärperson behandelt, und dafür dem Militärkommando eine Liquidation von 80 Frank überandt. Das französische Militärgericht hat darin eine Verhöhnung und Beleidigung der Besatzungsmacht gesehen.

In Hörde wurde der Ingenieur Dirks ohne jede Veranlassung von einem französischen Soldaten durch einen Revolverbeschuss schwer verletzt. Er ist seinen schweren Verletzungen erlegen. Zu derselben Zeit wurde der Schlosser Bangert von einem französischen Offizier mit einem nicht erkennbaren Gegenstand derart ins Gesicht geschlagen, daß er bestimmungslos und blutend zu Boden fiel.

## Botschafter Dr. Mayer †.

München, 6. März.

In der letzten Nacht ist der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer, einer hartnäckigen Magenkrankheit erlegen. Bereits vor längerer Zeit begab er sich von Paris nach München und mußte sich dort vor einigen Tagen einer schweren Operation unterziehen. Die Magenblutungen, unter denen Dr. Mayer schon längere Zeit litt, waren jedoch nicht mehr zu heilen, und nun ist der Tod infolge Herzschwäche eingetreten.

Dr. Mayer ist im Jahre 1874 geboren, studierte die Rechte und war seit 1903 als Leiter industrieller Unternehmungen tätig. Er galt als einer der besten Wirtschaftssachverständigen Deutschlands und hat sich namentlich in der Stahl-Industrie einen ausgezeichneten Namen gemacht. In den Reichstag wurde er im Jahre 1906 als Zentrumsgewählter gewählt. Später gehörte er der Bayerischen Volkspartei an. Nach der Revolution wurde er zunächst Reichsstaatsminister, und dann zum deutschen Geschäftsträger in Paris ernannt. Im Januar 1922 wurde er zum Botschafter befördert.

Der Reichspräsident Ebert hat an die Witwe des Verstorbenen ein Beileidstelegramm gerichtet, in welchem er die väterländischen Verdienste Dr. Mayers würdigt. Der französische Botschafter in Berlin hat dem deutschen Außenminister einen Beileidsbesuch abgestattet.

## Vormarsch auf Elberfeld.

Ein Einkreisungsmanöver.

Die von den Franzosen von Bohwinkel aus über Graefrath, Cronenberg auf Wipperfurth eingeleitete Truppenbewegung geht in Richtung Sischebe weiter. Es handelt sich um starke Massen aller Waffengattungen. Der Zweck des Vormarschs scheint die Einkreisung von Elberfeld-Barmen zu sein.

Foch will nach München.

In Paris scheint man den Vorstoß nach Darmstadt, Karlsruhe und Mannheim als die Vorbereitung eines weiteren Vorrückens nach München anzusehen, das die französischen Heerführer und Marschall Foch insbesondere als das Hauptzentrum der Wiederbelebung des militärischen Geistes in Deutschland betrachten. Der Vormarsch auf München wird angeblich bereits seit langem als leichter angesehen als der Vormarsch auf Berlin. Offenbar handelt es sich zunächst um eine der bekannten Bluffmeldungen Pariser Fabrikanten.

## Die Teuerung im Februar.

136 % gegen Januar gestiegen.

Die soeben veröffentlichte Reichsindexziffer (Vergleichsziffer zum Stande von 1 im Jahre 1914 vor Beginn des Krieges) beträgt nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Monat Februar 2643 gegenüber 1120 im Januar. Die Ziffer umfaßt die Kosten für Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung. Sie ist gegenüber dem Vormonat um 136 % gestiegen. Ohne die Bekleidungskosten stellt sich die Indexziffer auf 2408, um 132,9 % höher als im Januar. Die Ernährungskosten sind um 133 % auf das 3183fache, die Bekleidungskosten um 147,6 % auf das 4164fache der Vorkriegszeit gestiegen. Die außerordentliche mit dem Einbruch in das Ruhrgebiet einsetzende Preissteigerung hat sich bis in die Mitte des Monats Februar fortgesetzt. Seitdem macht sich ein Stöcken in dem Preisanstieg bemerkbar, für einige, besonders die unter unmittelbarem Einfluß der Saluta stehenden Lebensmittel ein Rückgang.